



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 26.06.2026

Vorschau auf die Kantonsratsdoppelsitzung vom Montag, 29. Juni 2026 Fokusthemen: **Volkswirtschaft und Gesundheit**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montagmorgen nach dem Eintritt eines neuen Ratsmitglieds, der Behandlung von vier Entgegennahmen und dem Abschreiben eines Postulates darüber diskutieren, ob es ein eigenes Gesetz für elektronische Basisdienste braucht. Anschliessend stehen zwei Teilrevisionen des kantonalen Richtplans zum Thema Verkehr an. Bis zur Mittagspause wird der Rat voraussichtlich zwei weitere Postulate abschreiben und darüber streiten, ob das Recht auf Wohnen in die Verfassung gehört. Die Nachmittagsitzung beginnt mit der zweiten Lesung zu einer Änderung des Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz. Anschliessend wird der Rat die Detailberatung zur Pflegeheimbettenplanung führen, die Wahl eines neuen Mitglieds des USZ-Spitalrates bestätigen und zwei Postulate abschreiben. Bis zum Schluss der Sitzung wird der Rat schliesslich Vorstösse behandeln, welche die Gesundheitsdirektion betreffen.

Regierungsrat will vier Postulate entgegennehmen

Rasch behandeln wird der Kantonsrat vier Postulate, die als Entgegennahmen traktandiert sind. Das bedeutet, dass sich der Regierungsrat bereit erklärt hat, die Vorstösse entgegenzunehmen. Der Rat muss nun darüber befinden, ob er diese diskussionslos der Regierung überweisen will. Verlangt auch nur ein Mitglied des Rates eine Diskussion, verbleibt ein solcher Vorstoss auf der Traktandenliste und der Rat muss zu einem späteren Zeitpunkt, nach einer Diskussion im Parlament, über eine Überweisung entscheiden. Gleich zwei Vorstösse stammen aus der Feder von SP-Kantonsrätin Mandy Abou Shoak. Sie möchte einerseits, dass der Regierungsrat in einem Bericht aufzeigt, wie und bei welcher Stelle ein Monitoring von versuchten Femiziden eingeführt werden kann ([KR-Nr. 91/2026](#)). Andererseits soll die Regierung aufzeigen, wie ein Aktionsplan gegen Gewalt im digitalen Raum, insbesondere gegen Deepfakes, im Kanton Zürich ausgestaltet und wie der Umgang mit solchen Fällen weiterentwickelt werden kann ([KR-Nr. 178/2026](#)). Zwischen den beiden Postulaten muss der Rat entscheiden, ob er einen Vorstoss von EVP-Kantonsrat Markus Schaaf überweisen will. Dieser möchte, dass der Regierungsrat prüft, wie im Kanton Zürich eine zentrale Koordinationsstelle für Altersfragen geschaffen werden kann ([KR-Nr. 135/2026](#)). Und SP-Kantonsrätin Renata Grünenfelder fordert vom Regierungsrat einen Bericht, in dem aufgezeigt wird, welche Massnahmen geeignet sind, die Versorgung von Menschen mit ME/CFS und Long Covid wirksam zu verbessern ([KR-Nr. 193/2026](#)).

Mandy Abou Shoak (SP, Zürich), 079 456 79 99

Markus Schaaf (EVP, Zell), 078 707 00 66

Renata Grünenfelder (SP, Zürich), 079 306 19 40

Postulat zum Einsatz von KI in der Verwaltung soll abgeschrieben werden

Unumstritten wird am Montagmorgen die Abschreibung eines Postulates sein. Ein Postulat als erledigt abzuschreiben, bildet den finalen Akt auf der Reise dieser Vorstossart. Der Kantonsrat nimmt damit den mit dem Postulat vom Regierungsrat geforderten Bericht zur Kenntnis. Die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat betreffend «Qualitätsanforderungen beim Einsatz von KI in der Verwaltung» als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 323/2022](#)). Sie folgt damit dem Antrag des Regierungsrates. Mit dem Vorstoss verlangten GLP, SVP, SP, FDP, Grüne und Mitte vom Regierungsrat die qualitativen, rechtlichen und ethischen Anforderungen an die unterschiedlichen Kategorien von KI-Systemen in der kantonalen Verwaltung darzulegen. Der Regierungsrat schreibt in seinem Bericht, dass ein entsprechendes Projekt eingeleitet ist, und verweist auf Erkenntnisse aus einer von der Staatskanzlei in Auftrag gegebenen [KI-Studie](#)

(«Einsatz künstliche Intelligenz in der Verwaltung: rechtliche und ethische Fragen»). Aufgrund dieser Studie wurde bei der laufenden Totalrevision des Gesetzes über die Information und den Datenschutz (IDG) auch eine Bestimmung aufgenommen, die vorsieht, dass öffentliche Organe offenlegen, welche grundrechtlich relevanten algorithmischen Entscheidungssysteme sie nutzen.

STGK-Präsidentin: Priska Lötscher (SP, Winterthur), 079 620 90 27

Kein eigenes Gesetz für elektronische Basisdienste

In der Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) umstritten war die Gesetzesvorlage über elektronische Basisdienste. Die STGK beantragt dem Kantonsrat mit 9 zu 6 Stimmen, auf die Gesetzesvorlage nicht einzutreten ([5985](#)). Die Kommission unterstützt zwar ein rasches Vorwärtskommen der digitalen Verwaltung, ist aber der Meinung, dass es für die Regelung von Authentifizierungen, technischen Standards für Interoperabilität zwischen Gemeinden und Kanton sowie des digitalen Arbeitsplatzes kein neues Gesetz braucht. Der Kanton soll den eingeschlagenen Weg über Spezialgesetzgebungen weiterverfolgen. Die Kommissionsminderheit (SP, Grüne, Die Mitte) beantragt Eintreten und Rückweisung an die STGK. Sie sieht Vorteile für die Rechtssicherheit und erachtet es als zielführend sowie anwendungsfreundlich, die gesetzlichen Grundlagen für elektronische Basisdienste kompakt in einem Querschnittsgesetz zu verankern.

STGK-Präsidentin: Priska Lötscher (SP, Winterthur), 079 620 90 27

Minderheit: Florian Heer (Grüne, Winterthur), 078 912 13 41

Richtplan Teilrevisionen 2022 und 2024 zum Verkehr sollen festgesetzt werden

Eine längere Diskussion ist zu den Teilrevisionen 2022 und 2024 des kantonalen Richtplans, Kapitel 4 «Verkehr» zu erwarten. Zwar beantragt die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) dem Kantonsrat einstimmig, die beiden Teilrevisionen festzusetzen. Dennoch nehmen Debatten zum Richtplan erfahrungsgemäss eine gewisse Zeit in Anspruch. Die Teilrevision 2022 umfasst im Kapitel 4 Verkehr die Aktualisierung der Infrastrukturvorhaben auf dem übergeordneten Strassennetz, eine Konkretisierung der Aussagen zum internationalen Personenverkehr, sowie eine Gesamtüberarbeitung des Kapitels betreffend Güterverkehr ([6013](#)). Im Rahmen der Teilrevision 2024 soll der «Autobahnzusammenschluss Bülach Glattfelden» durch ein redimensioniertes Vorhaben ersetzt sowie die Umfahrung Glattfelden von einer Hochleistungsstrasse in eine Hauptverkehrsstrasse abklassiert werden ([6061](#)).

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84

Postulate zu ÖV-Themen sollen abgeschrieben werden

Unumstritten dürfte auch die Abschreibung zweier Postulate zu ÖV-Themen sein. Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat von Mitte, SVP, SP, GLP, Grünen und EVP betreffend «Schienengebundene Verbindung von Uster über Volketswil nach Effretikon» ([KR-Nr. 35/2023](#)) und das Postulat von SVP, SP, GLP und Grünen betreffend «Optimierung des ÖVs in der Stadt Winterthur – Standortevaluation Busdepot Strassenverkehrsamt Winterthur» ([KR-Nr. 473/2022](#)) als erledigt abzuschreiben. Mit dem ersten Postulat wurde der Regierungsrat eingeladen zu prüfen, wie eine Verbindung über den Schienenverkehr im erwähnten Gebiet in das Agglomerationsprogramm des Bundes aufgenommen werden kann. Mit dem zweiten Postulat wurde die Regierung aufgefordert zu prüfen, wie der ZVV die Linienführung im Bereich Wülflingen Nord anpassen kann.

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84

Recht auf Wohnen soll nicht in die Kantonsverfassung

Umstritten war in der Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) die parlamentarische Initiative (PI) betreffend «Das Recht auf Wohnen gehört in die Verfassung» von Kantonsrätin Silvia Rigoni

(Grüne). Die STGK beantragt dem Kantonsrat mit 8 zu 7 Stimmen, die PI abzulehnen ([KR-Nr. 340/2023](#)). Die Kommissionsmehrheit ist der Meinung, dass die Umsetzung der PI die Wohnraumsituation nicht verbessern würde. Um das Angebot an Wohnraum zu erhöhen, plädiert sie für marktorientierte Lösungen, den Abbau von bürokratischen Hindernissen und die stärkere Nutzung bestehender Instrumente wie der Wohnbauförderung. Eine Kommissionsminderheit sieht in einer Verankerung des Rechts auf Wohnen in der Kantonsverfassung einen wichtigen Schritt, den Staat stärker in die Verantwortung zu nehmen und für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen. Sie beantragt, der PI zuzustimmen.

STGK-Präsidentin: Priska Lötscher (SP, Winterthur), 079 620 90 27
Minderheit: Florian Heer (Grüne, Winterthur), 078 912 13 41

Schlussabstimmung über neue Triagestelle für Beschwerden im Gesundheitswesen

Keine lange Diskussion zu erwarten ist in der zweiten Lesung zu einer Änderung des Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetzes. In der sogenannten Redaktionslesung einer Vorlage geht es gewöhnlich nur noch um formelle, meistens unumstrittene Präzisierungen der Redaktionskommission (REDKO). Der Kantonsrat hat in erster Lesung beschlossen, eine unabhängige Beschwerdestelle für die Mitarbeitenden aller Listenspitäler im Kanton Zürich einzurichten ([5986](#)). Zudem soll eine Triagestelle geschaffen werden, die allen offensteht für Auskünfte, wohin man sich mit einer Beschwerde im Zusammenhang mit medizinischen oder pflegerischen Einrichtungen wenden kann.

REDKO-Präsidentin: Christa Stünzi (GLP, Horgen), 079 771 76 63

Pflegeheimbetten sollen nach Bedarf geplant werden

Die Planung der Pflegeheimbetten im Kanton Zürich soll künftig auf Prognosen des tatsächlichen Bedarfs beruhen. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, den Vorschlag des Regierungsrates zur Änderung des Pflegegesetzes betreffend die Pflegeheimbettenplanung anzunehmen ([6055](#)). Der Kanton soll regelmässig prüfen, wie viele Pflegeheimplätze in den einzelnen Regionen benötigt werden. Pflegeheime sollen zudem nur dann einen kantonalen Leistungsauftrag erhalten, wenn in ihrer Region Bedarf besteht und sie bestimmte Qualitätsanforderungen erfüllen. Das Ziel der Vorlage ist, dass auch in Zukunft genügend Pflegeheimplätze dort zur Verfügung stehen, wo sie gebraucht werden. Die Vorlage enthält erstmals eine Definition der spezialisierten Pflegeleistungen und gibt vor, dass der Bedarf dafür auf kantonalen Ebene prognostiziert wird. Die Gemeinden büssen damit an Mitspracherechten ein. Eine Minderheit der Kommission (GLP, AL, Grüne, ein Teil der SP) ist der Ansicht, dass daher auch die Restkosten in diesem Bereich vom Kanton getragen werden sollten. Die Restkosten sind der Anteil der Pflegekosten, der nicht von den Krankenversicherungen oder den Pflegebedürftigen selbst getragen wird.

KSSG-Präsident: Andreas Daurù (SP, Winterthur), 079 360 48 64
Minderheit: Martina Novak (GLP, Zürich), 079 753 13 56

Wahl von Verena Nold-Rebetez in den Spitalrat USZ soll genehmigt werden

Der Regierungsrat hat im vergangenen Mai Verena Nold-Rebetez als Mitglied des Spitalrates des Universitätsspitals Zürich gewählt. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) beantragt dem Kantonsrat mit 11 zu 3 Stimmen, die Wahl zu genehmigen ([6090](#)). Die Ersatzwahl für den Rest der Amtsdauer 2023–2027 wurde notwendig, weil der Spitalrat derzeit aufgrund dreier Rücktritte nicht mehr beschlussfähig ist. Die Kommissionsmehrheit erachtet das Profil der Kandidatin als passend. Eine Kommissionsminderheit (FDP) plädiert für Nichtgenehmigung. Sie sieht das Anforderungsprofil für den Spitalrat des USZ als nicht erfüllt an und kritisiert, dass der Regierungsrat die zeitnahe Verfügbarkeit von Verena Nold-Rebetez zu stark gewichtet habe.

KSSG-Präsident: Andreas Daurù (SP, Winterthur), 079 360 48 64

Postulate zu Freigängerkatzen und pflegenden Angehörigen sollen abgeschrieben werden

Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) beantragt dem Kantonsrat mit 9 zu 5 Stimmen, das Postulat von GLP, FDP, SP, Grünen und Mitte betreffend «Massnahmen zur Eindämmung der übermässigen Vermehrung von Freigängerkatzen» mit einer abweichenden Stellungnahme als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 208/2021](#)). Der Kommissionsmehrheit genügen die vom Regierungsrat beschriebenen Massnahmen nicht. Sie weist auf die Schäden für Tier und Umwelt hin, die von der unkontrollierten Vermehrung von Freigängerkatzen ausgehen, und fordert eine bessere Aufklärung durch das kantonale Veterinäramt. Dieses soll sich mit Tierarztpraxen, Tierheimen, Züchtenden und Tierschutzorganisationen koordinieren und sicherstellen, dass mehr Menschen im Kanton Zürich für die Problematik sensibilisiert werden.

Direkt als erledigt abgeschrieben werden soll gemäss einstimmigem Antrag der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) das Postulat von FDP, GLP, Mitte, SVP, SP und Grünen betreffend «Pfleger Angehörige» ([KR-Nr. 416/2024](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat aufgefordert, die Rechtsgrundlagen der Pflegeversorgung mit Blick auf die pflegenden Angehörigen zu überarbeiten. Die KSSG begrüsst die vom Regierungsrat beschlossenen Massnahmen betreffend Restkostenfinanzierung und Qualitätsvorgaben innerhalb der geltenden Rahmenbedingungen.

KSSG-Präsident: Andreas Daurù (SP, Winterthur), 079 360 48 64

Vorstösse zu Kinderspital

In der verbleibenden Sitzungszeit wird sich der Kantonsrat am Montagnachmittag Vorstössen widmen, welche die Gesundheitsdirektion betreffen. GLP-Kantonsrat Urs Glättli möchte den Regierungsrat ersuchen, eine Vorsorgeplanung für den Fall einer finanziellen Notlage des Kinderspitals zu erstellen ([KR-Nr. 32/2025](#)). Und Jeannette Büsser, Kantonsrätin der Grünen, fordert eine Vorlage zur Regelung der Finanzierung von tierärztlichen Behandlungskosten für verletzte Wildtiere und halterlose Haustiere ([KR-Nr. 170/2025](#)). Der Regierungsrat beantragt, beide Vorstösse abzulehnen.

Urs Glättli (GLP, Winterthur), 079 720 47 48

Jeannette Büsser (Grüne, Zürich), 077 255 27 56

Personelles:

Zu Beginn der Sitzung steht der Eintritt eines neuen Mitglieds des Kantonsrates an. Als Nachfolgerin von Christoph Ziegler wird die 28-jährige Lehrerin Viviane Kägi (GLP, Turbenthal) ihr Amtsgelübde leisten ([KR-Nr. 124/2026](#)).

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:

Romaine Roggenmoser, Kantonsratspräsidentin, 079 427 11 17

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12